

Flash

Immobilienmarkt | Motormarkt | Stellenmarkt | Abo & Service | SZ-Shop | E-Paper | SZ Tickets | Anzeigen | Weitere Angebote | Wetter

Politik | Wirtschaft | Geld | Kultur | Sport | Leben | Karriere | München | Bayern | Panorama | Auto | Digital | Wissen | Fitness | Reise

Home **Newsticker**

Newsticker

 Suchen

- | | |
|-------|---|
| 11:24 | Der Mensch im Tier |
| 11:24 | Schwertgösch |
| 11:24 | Schlāfengrau und fliegende Hitze |
| 11:23 | Alpen-Punk |
| 11:23 | Schiller querbeet |
| 11:23 | den Klimaschutz |
| 11:23 | Neues Krebszentrum im Rechts der Isar |
| 11:23 | Streit um Wohnungen: Ude keilt zurück |
| 11:23 | SPD-Politiker fordert mehr Passkontrollen |

Koalition will weiter Einfluss im Vertriebenen-Rat



Berlin (dpa) - Die schwarz-gelbe Koalition will nach den Worten von Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) ihren Einfluss auf den Stiftungsrat der Vertriebenen-Gedenkstätte nicht aufgeben.

Dies fordert Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach. Kauder rechnet aber damit, dass Union und FDP in wenigen Tagen eine Lösung finden. Der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Rainer Stinner, sagte der dpa am Freitag: «Unverzichtbar ist, dass der Bund seine Stellung in der Stiftung ungeschmälert behält.»

Kauder sagte der «Rheinischen Post» (Freitag): «Ich gehe davon aus, dass wir bis Anfang nächster Woche so weit sind.» Danach werde man mit Steinbach das Gespräch suchen. Auf die Frage, ob die Stiftung «Flucht, Vertreibung und Versöhnung» im Einfluss des Bundes bleiben muss, antwortete Kauder: «Richtig.» Die FDP-Bundestagsfraktion pocht ebenfalls darauf, signalisiert aber zugleich Kompromissbereitschaft. Die Vertriebenen-Präsidentin selbst ließ die Kompromisschancen offen.

Steinbach verwies auf Anfrage darauf, dass die Spitze des Bundes der

ANZEIGE

Ihre Meinung zählt!

Sie sind herzlich eingeladen an einer Umfrage von Yahoo! Research teilzunehmen

Zur Umfrage ▶

sueddeutsche.de

Ihre Angaben werden entsprechend der Datenschutzbestimmungen selbstverständlich streng vertraulich behandelt

IQ-TEST

Der große sueddeutsche.de-IQ-Test

Wie schlau sind Sie? Einsteins lag bei 160, der von Arnold Schwarzenegger beträgt angeblich 135 und Jodie Foster freut sich über einen IQ von 140. Können Sie mithalten? Testen Sie Ihren Intelligenzquotienten - mit Sofortergebnis!

[Jetzt IQ testen](#)

GOOGLE-ANZEIGEN »

Anleger-Warnung

Warum sich im Frühjahr die meisten Anleger durch Dummheit ruinieren

Investor-Verlag.de/Erdoel_Blase

Günstige Zahnimplantate

Hochwertige Implantate, 94% sparen TÜV geprüfte Qualität - Note "gut"!

www.ZahnersatzSparen.de

KINOPORTAL - NEUSTARTS



Zeiten ändern Dich

Erzählt die Geschichte, wie aus dem jungen Schulabbrecher und Drogendealer Anis Mohamed

Vertriebenen (BdV) über Lösungsvorschläge beraten werde. Der BdV will, dass seine Präsidentin Steinbach im Stiftungsrat einen der drei dem Verband zustehenden Sitze einnehmen darf. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hat wegen polnischer Vorbehalte gegen sie ein Veto angekündigt. Steinbach bietet einen Verzicht auf die Teilnahme am Rat an, wenn die Bundesregierung ihr Vetorecht bei der Besetzung aufgibt. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur dpa sprach Steinbach am Mittwoch beim Empfang der Koalitionsfraktionen mit Westerwelle.

FDP-Mann Stinner schloss eine Änderung des Stiftungsgesetzes nicht aus, um einem Teil der Forderungen des BdV nach mehr Einfluss entgegenzukommen. Weil Bundestag und Bundesrat zustimmen müssen, empfahl er aber: «Da müssen wir sehr vorsichtig rangehen.»

Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages kommt zu dem Schluss, dass die Bundesregierung eine Bestellung der Vertriebenen-Präsidentin aus außenpolitischen Gründen ablehnen darf. Dies entspreche Sinn und Zweck des Stiftungsgesetzes, heißt es in dem von den Grünen in Auftrag gegebenen Gutachten, das der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (Freitag) und der dpa vorliegt.

Die Bundesregierung hat bei der Besetzung des Stiftungsrates, in dem Bundestag, Regierung, christliche Kirchen, der Zentralrat der Juden in Deutschland und Verbände vertreten sind, das letzte Wort. Steinbach fordert mehr Sitze für den BdV. Sie hatte der Koalition ein Ultimatum bis Ende Januar gesetzt. Offen ist, ob es Alternativen zum Vetorecht der Bundesregierung gibt, um einen Kompromiss zu erreichen.

© sueddeutsche.de - erschienen am 22.01.2010 um 14:29 Uhr



Youssef Ferchichi der Musiker
mehr ...

[Fotostrecke](#) | [Trailer](#) | [Im Kino](#)



[Filmübersicht](#)

[Kinoprogramm](#)

[alle Neustarts](#)

AKTUELLE THEMEN

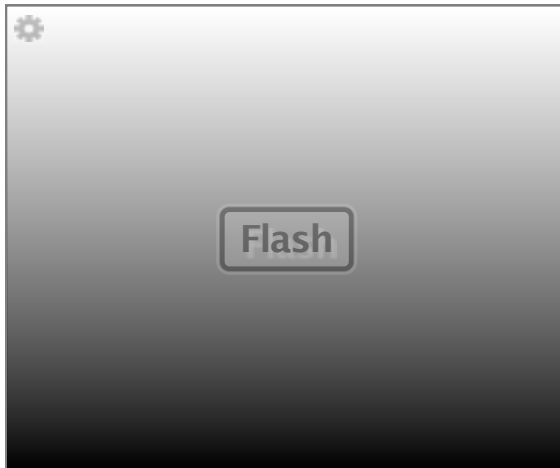
[Angela Merkel
zu Guttenberg
Olympia 2010](#)

[Barack Obama
Guido Westerwelle
Steuersenkung](#)

ANZEIGE



ANZEIGE



[Drucken](#) | [Popup](#)

GOOGLE-ANZEIGEN »

Bestes Girokonto 01/2010

Kostenlos "ohne Wenn und Aber" Kein Mindesteingang erforderlich!
www.konto-testsieger.de

Anleger-Warnung

Warum sich im Frühjahr die meisten Anleger durch Dummheit ruinieren
Investor-Verlag.de/Erdoel_Blase

SPIELE

[Sudoku](#)

[Führerschein](#)

[Humor](#)

[Einbürgerungstest](#)

[Mahjong](#)

[Assessment-Center](#)